

Nach dem zweiten Bildungsgespräch / „Oberschule“ ist kein Ersatz für die IGS

Althusmann schafft den Schritt über die Hürde nicht

„Kultusminister Bernd Althusmann hat derzeit nicht das Durchsetzungsvermögen, die Fünfzügigkeit für IGS-Neugründungen aufzuheben. Die Absicht dazu hatte er bei der Regierungsumbildung verkündet und von einem unideologischen Umgang mit der IGS gesprochen. Das hat er gegenüber dem kleinen Koalitionspartner FDP nicht durchgehalten“, erklärte der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt am 30. November nach dem zweiten Bildungsgespräch.

Nach dem politischen Kalkül der Koalitionsspitze habe das Bild der guten Zusammenarbeit von CDU und FDP Vorrang vor einer zukunftsfähigen, konsensualen parteiübergreifenden Lösung der Schulstrukturfrage, wie sie der Landeselternrat eingefordert hat. Bundesweit bestünde in Hannover bald die einzige funktionierende schwarz-gelbe Koalition, heißt es regierungsintern, und die dürfe nicht gefährdet werden.

Auch für eine Ausnahmeregelung für vierzügige IGSn sieht Althusmann wenig politischen Gestaltungsspielraum. Dies führt inzwischen zu Streit mit CDU Landräten und Abgeordneten, die den Eltern vor Ort erklären, sie würden für ihre IGS eine Ausnahme durchsetzen.

Neue Gesamtschulen für 2011 beantragt

Der politische Druck für faire Bedingungen für die IGS hält unvermindert an. Die Spitzenorganisationen der kommunalen Schulträger, der Vizepräsident des Niedersächsischen Städtetages, der Lüneburger Oberbürgermeister Ulrich Mädge, und der Vorsitzende des Landkreistages, der Osteroder Landrat Bernhard Reuter, äußerten sich am 30. November ebenso enttäuscht und verärgert wie der Vorsitzende des Landeselternrats Pascal Zimmer, der Vorsitzende des Schulleitungsverbands Thorsten Frenzel-Früh, andere Bildungsverbände und die gemeinsam handelnden Oppositionsparteien.

Thema IGS im Wahlkampf

Der Tenor war eindeutig: Diese Entscheidung wird nicht akzeptiert. Dafür hätte man weder die Arbeitsgruppe von Kultusministerium und Schulträgern, die anderen vorbereitenden Gespräche noch die beiden Bildungsgipfel im November gebraucht. Die Oberschule wird nicht als Ersatz für die IGS angesehen. Auch als Haupt- und Realschulmodell sei sie unzureichend. Schulträger und Eltern setzen weiter auf IGS-Gründungen.

Neben den 16 Anträgen für neue IGSn, die dem Kultusministerium bis Anfang November vorlagen, sind inzwischen weitere Schulträger für IGS-Neugründungen aktiv geworden. Das Volksbegehren intensiviert die Unterschriftensammlung und pocht dabei auch auf die Rücknahme des „Turbo-Abiturs“ an der IGS. Empörung hatte die Information ausgelöst, innerhalb der Regierungskoalition sei auch ein erneutes Verbot, neue Gesamtschulen zu gründen, erwogen worden.

Ständige gemeinsame AGMK – Schulträger gefordert

Der Landesvorstand der GEW Niedersachsen hat eine Kampagne zur Unterstützung von IGS-Initiativen und zur Aufklärung über die Oberschule beschlossen. (www.gew-nds.de). **Im Januar 2011 publiziert die GEW eine IGS-Broschüre und antwortet auf häufig gestellte Fragen zur Oberschule.** In einem neuen Anlauf will die GEW das Volksbegehren unterstützen, auch darin war sich der Landesvorstand einig. „Auch jetzt im Winter sollten sich die Aktiven aufraffen, um die Zahl der Unterschriften deutlich zu erhöhen oder in den Kreisen, in denen es bisher keine Initiativen gibt, damit anzufangen. Jede/r, der es einmal versucht hat, merkt, soviel spontane Zustimmung zu einem Volksbegehren gab es selten“, fordert der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt.

In den niedersächsischen Wahlkämpfen 2011 und 2012 wird das Recht auf Gesamtschulen in Landkreisen und Städten ein zentrales Thema werden. Die CDU-Landtagsabgeordneten versuchen anhand eines Leitfadens in ihren Wahlkreisen die Oberschule zu propagieren und erwecken Erwartungen, die dieses Modell nicht erfüllen kann. „Die CDU nutzt die Notlage der Schulleitungen und der Kommunalpolitiker, die sich an jeden Strohalm klammern, um Schulstandorte zu stabilisieren. Doch dieses Blendwerk hat nur eine begrenzte Strahlkraft und Ernüchterung macht sich breit, wenn die Konditionen genauer analysiert werden“, urteilt die Vorsitzende des GEW-Bezirksverbandes Lüneburg, Annegret Sloom, nach Beratungen mit Kreisvorsitzenden und GEW-Schulleitungen.

Schulträger kritisieren Oberschul-Konzept

Kultusminister Althusmann veröffentlicht Erfolgsmeldungen über das Interesse an der Oberschule - und zwar bevor er die schulrechtlichen Bestimmungen und die erforderlichen Erlasse vorgelegt hat. Erst am 16. Dezember soll das Schulgesetz in den Kultusausschuss eingebracht und im März im Landtag verabschiedet werden. Erst danach werden die zahlreichen Erlasse vorgelegt, die für die Oberschule notwendig sind. Die Landesregierung fordert die Schulträger auf, Anträge auf Oberschulen zu stellen, ehe die rechtlichen Grundlagen bekannt sind. „Das nennt man die Katze im Sack verkaufen. Seriös ist das nicht.“, spottet Eberhard Brandt. Die Spitzenorganisationen der Schulträger regten unmittelbar nach dem letzten Bildungsgespräch eine ständige gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem Kultusministerium an, um über die Bedingungen von Schulgründungen (IGS und Oberschule) in der geplanten Verordnung zur Schulorganisation zu verhandeln wie auch über die innere Ausgestaltung der verbundenen Haupt- und Realschulen unter dem Namen „Oberschule“. Auf diesem Wege wollen sie erreichen, dass es bis zu den Landtagswahlen im Januar 2013 wenigstens eine für die Schulträger praktikable Ausnahmegenehmigung für die Errichtung von IGSn und auch für die Oberschulen gibt. Sie denken dabei an die in der Landesschulbehörde bereits vorliegenden Anträge von Schulträgern auf die Errichtung vierzügiger IGSn. Das Kultusministerium hat die Schulbehörde angewiesen, dass diese Anträge nicht abschlägig beschieden werden, weil in nächster Zeit damit zu rechnen sei, dass sie genehmigungsfähig werden. Die Schulträger wollen erreichen, dass sie diese Schulen auch wirklich erhalten und dass ihre Grundschuleltern nicht enttäuscht werden. Landrat Bernhard Reuter begrüßte beim letzten Bildungsgespräch und auch in den anschließenden Pressegesprächen, dass die Regierung mit der Einführung der Oberschulen der Forderung der Schulträger nach dem Zusammenschluss von Haupt- und Realschulen zu einer gemeinsamen Schule Rechnung getragen habe. Die Schulträger hatten mehr Flexibilität für die Gestaltung des Schulangebots gefordert. Sie wollen nicht mehr gezwungen werden, selbstständige Hauptschulen und Realschulen aufrecht zu erhalten, wenn diese nicht mehr genug Zulauf haben, und wollen die Gesamtschule auch als alle Schulformen ersetzende Schule errichten können.

Oberschule – keine Konkurrenz für das Gymnasium

Allerdings kritisierte Reuter mit deutlichen Worten die mangelnde Flexibilität im Konzept der Regierung. Auch das von Althusmann vorgelegte Konzept der Oberschule sei realitätsfern und viel zu unflexibel. Die für die Oberschule vorgeschriebenen Schülerzahlen seien so groß, dass sie in den ländlichen Regionen nur sehr selten erreicht werden könnten. 52 Schülerinnen und Schüler sollen nach den Plänen der Regierung auf 10 Jahre prognostiziert werden, damit eine Haupt- und Realschule als Oberschule gegründet werden darf. Diese Zahl bedeutet nach Reuters Einschätzung, dass nur die Hälfte der bestehenden 200 verbundenen Haupt- und Realschulen eine Chance haben, in eine Oberschule umgewandelt zu werden. Nur an wenigen Standorten werde es gelingen, die bisher selbständigen Haupt- und Realschulen zu Oberschulen zusammenzufassen. Schulstandorte könnten daher durch Oberschulen kaum

gerettet werden. Nach Einschätzung der Schulträger wird eine Oberschule nach dem Konzept „kleine KGS“ nur in Ausnahmefällen erfolgreich gegründet werden können, weil die Zahl von 79 Schülerinnen und Schülern, davon 27 mit einer Gymnasialprognose, auf dem Lande nur schwer zu erreichen sei. Die Schulträger fordern daher Ausnahmeregelungen mit niedrigeren Schülerzahlen für die Oberschule und die IGS. So einfach werde das Etikettumschrauben als Wahlkampfknüller wohl nicht gelingen, merkt Eberhard Brandt an. Eine gymnasiale Oberstufe, die nach geltendem Recht 54 Schülerinnen und Schüler in drei Zügen gewährleisten muss, gilt nach allgemeiner Anschauung an der dreizügigen Oberschule mit einem Gymnasialzweig als nicht realisierbar. Auch die Schulträger tragen diese Einschätzung vor. Die Oberstufe ist gegen den Sachverstand des Kultusministers in das Oberschul-Konzept aufgenommen worden, weil sie dem Niedersachsen-Schulmodell der FDP entstammt. Die Oberschule ist weder eine Konkurrenz für die IGS noch für das Gymnasium. So begrüßte denn auch der Landesvorsitzende des Philologenverbandes Audriz das Oberschulmodell. In einer zweiten Erklärung wurde die Position umgedreht und der Oberschule der Kampf angesagt. Die vom langjährigen Verbandschef Neßler inszenierte Panikmache beim Philologentag wirke schon putzig und verschroben, urteilt Henner Sauerland, Leiter des Referats Allgemeinbildende Schulen und Vertreter der Fachgruppe Gymnasien der GEW Niedersachsen.

Oberschul-HS-RS-Modell unattraktiv

Die Schulträger wollen erreichen, dass sie darüber entscheiden können, ob diese Haupt- und Realschulen kooperativ oder vollständig integrativ, also ohne schulformbezogene Klassen und Kurse arbeiten. Die angekündigte Klassenfrequenz von 28 Schülerinnen und Schülern wird von GEW-Vertretern aus der Hauptschule massiv kritisiert. Sie wird nicht als Erleichterung betrachtet, sondern als weitere Erschwerung der Arbeit, berichtet Michael Strohschein, Hauptschulexperte und stellvertretender Landesvorsitzender der niedersächsischen GEW. Er kritisiert auch, dass bei Gründung von Oberschulen die sozialpädagogische Betreuung verschlechtert wird. Waren bisher die Sozialpädagogen nur für die Hauptschulabsolventen zuständig, müssen sie künftig auch die Realschulabsolventen betreuen. Strohschein erinnert an die Forderung der GEW, Sozialpädagogen im Landesdienst einzustellen und nicht – wie nach Praxis und Absichten der Landesregierung – schlecht bezahlte halbe Stellen über Zuweisungen an die Schulträger zu finanzieren. Diese stellen Schulsozialarbeiter befristet ein oder überlassen privaten Trägern die Anstellung.

Verbesserung für alle Schulformen

„An allen Schulformen müssen die Klassenfrequenzen gesenkt werden und zwar nicht nur auf die Höchstzahl 30. 25 muss in der Sekundarstufe I die Obergrenze sein und das in absehbarer Zeit! Auch in der Grundschule und in der Sekundarstufe II muss eine deutliche Absenkung der Gruppenobergrenzen geben. Der (teilweise) gebundene Ganzttag muss allen Schulen genehmigt werden, in deren pädagogischem Konzept er vorgesehen ist, und er muss vernünftig nach den Grundsätzen des Ganzttagserlasses ausgestattet werden.“, fordert Eberhard Brandt. Offenbar wisse der Kultusminister nicht, wie die Arbeitsbelastung und die Stimmung in den Schulen sei.

Aus : Zeitschrift Erziehung und Wissenschaft -euw- Ausgabe 12.010

Siehe auch: <http://gew-nds.de/euw.php> mit weiteren Texten zum gleichen Thema.